

Mut – Wahrheit – Freiheit

Mit Halt und Haltung für Demokratie, die Grundwerte der Verfassung und gesellschaftliche Vielfalt eintreten

Vortrag zur Eröffnung der „Tage der Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region“

Lutherkirche Zwickau, 29. April 2019

1 Eine Erinnerung

Heute vor 74 Jahren, am 29. April 1945, wurde das Konzentrationslager Dachau durch die 7. US-Armee befreit. Einer der prominentesten Häftlinge im KZ war der evangelische Pastor Martin Niemöller (1892-1984), ein führender Vertreter der Bekennenden Kirche während des Dritten Reiches. Nach seiner Verhaftung am 1. Juli 1937 saß er als „*persönlicher Gefangener des Führers*“ ab 1941 im KZ Dachau ein. Im Herbst 1945 besuchte Niemöller zusammen mit seiner Frau noch einmal die Stätte seiner Gefangenschaft. Auf einem weiß gestrichenen Brett, das an einem Baum vor dem Krematorium angebracht war, lasen sie die Inschrift:

Hier wurden in den Jahren 1933 bis 1945 238.756 Menschen verbrannt.

In zahlreichen Reden und Predigten beteuerte Niemöller anschließend:

Hier fand ich den Steckbrief gegen mich, mein Alibi war zerstört; denn es ging nur von 1937 bis 1945, als ich KZ-Häftling war. Von 1933 bis 1937 war ich ein freier Mann, war Pastor meiner Gemeinde und predigte, als sei nichts geschehen. Ich hätte vor meiner Gemeinde stehen müssen, um sie zu warnen, nicht mitschuldig zu werden an diesem Verbrechen. Wenn wir damals die Wahrheit gesagt hätten, hätte es vielleicht keine Gestapo gegeben.¹

Dieses Zitat sagt viel über Mut, Wahrheit und Freiheit eines Menschen aus, der sein Denken und Tun an den Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens gebunden sah und sich deswegen den selbstkritischen Blick auf die eigene Vergangenheit, auch darauf, wo es ihm an Mut mangelte, bewahren konnte. Mit dem Bekenntnis seiner Schuld trat Niemöller bewusst aus der Opferrolle heraus, um Haltungen offen zu legen, die damals zum Erstarken des Nationalsozialismus geführt haben und heute wieder Menschen in die Sackgasse des Rechtsnationalismus locken.

2 Mut, Wahrheit, Freiheit

Mut, Wahrheit, Freiheit sind weder Selbstverständlichkeiten, noch sind sie naturgegeben. Vielmehr speisen sie sich aus dem, was wir uns an Grundwerten des Glaubens und unserer Verfassung aneignen, was durch Eltern, Lehrer/innen, Vorbilder an uns weitergegeben wird und auf die wir in Krisen und Entscheidungssituationen zurückgreifen können.

2.1 Mut

Mut ist das Geschenk, das Menschen seit über 2.500 Jahren mit drei Worten übereignet wird: „*Fürchte dich nicht!*“. 365 Mal finden wir diese drei Worte in der Bibel. Denken Sie an die Weihnachtsgeschichte, wie ein Engel den Hirten auf dem Feld zu Bethlehem zuruft:

Fürchtet euch nicht!

Lukas 2,10

¹ Dietmar Schmidt, Martin Niemöller. Eine Biographie, Stuttgart 1983, S. 186ff

und sie alle Angst verlieren. Mit den drei Worten sollen Menschen ermutigt werden, sich angstfrei der jeweiligen Wirklichkeit zu stellen, sich in dieser frei zu bewegen und das auszusprechen bzw. sich dem anzunähern, was wir Wahrheit nennen.

2.2 Wahrheit

Auch die Wahrheit ist nicht etwas, was wir aus uns selbst heraus entwickeln können oder gar besitzen. „Was ist Wahrheit?“ fragte schon Pilatus im Verhör Jesus mehr ratlos als überzeugt (Johannes 18,38). Als Christen können wir nicht mehr antworten, als dass die Wahrheit an Jesus Christus gebunden ist: Er (und nicht wir!) ist der Weg, die Wahrheit, das Leben (vgl. Johannes 14,6). Diese Wahrheit darf niemals als Kampfinstrument benutzt werden gegen andere Wahrheitsansprüche. Das ist die Botschaft des Kreuzestodes Jesu. Vielmehr ermöglicht die Wahrheit des Glaubens, uns in der kulturellen, religiösen, weltanschaulichen Vielfalt zurechtzufinden, ohne dass wir uns durch andere Wahrheiten bedroht sehen, diese bekämpfen oder abschaffen wollen, um nur noch die eine Wahrheit gelten zu lassen. Der Wahrheit können wir uns immer nur annähern. Denn sie ist beides: normativ und steht zur Disposition.²

2.3 Freiheit

In diesem Sinne bedingen sich Wahrheit und Freiheit. Wahrheit kann sich nur im Raum der Freiheit entwickeln und umgekehrt schafft Wahrheit gleichermaßen Freiräume, wie sie Freiheit bindet. Im Spannungsfeld von Freiheit und Bindung entsteht das, was wir Verantwortung nennen. Der Widerstandskämpfer und evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), am 9. April 1945 von den Nazis ermordet, hat es noch strenger ausgedrückt:

*Niemand erfährt das Geheimnis der Freiheit, es sei denn durch Zucht.*³

Freiheit ist nicht nur von äußeren Bedingungen abhängig. Sie kann von innen Gefangenschaften durchbrechen. Freiheit setzt Kräfte in Gang, um für Wahrheit zu streiten, um richtig und falsch zu ringen. Darum ist Freiheit nicht mit Meinungslosigkeit zu verwechseln. Vielmehr macht der, der eine Meinung vertritt, von der Freiheit Gebrauch – allerdings unter der Maßgabe, dass „Freiheit ... immer die Freiheit des anders Denkenden (ist)“ (Rosa Luxemburg). Wer Freiheit egoistisch und nur zur Durchsetzung seiner Interessen nutzt, der gefährdet sie. Am Ende steht die Rücksichtslosigkeit derer, die Freiheit, Offenheit dazu benutzen (und sie deswegen beschmutzen!), um sie einzugrenzen und schließlich abzuschaffen.

3 In Zusammenhängen denken

Ich gehöre der Generation an, die am Familientisch die Eltern immer wieder bohrend gefragt hat: Wieso war das möglich mit Hitler? Wie habt ihr euch verhalten? Warum haben so viele mitgemacht? Ich selbst hatte das Glück, dass insbesondere mein Vater sehr offen und differenziert über seine Haltung in der Nazi-Zeit gesprochen hat. Mein Vater betrat 1934 als 17-jähriger mit Hitler-Gruß das Wachlokal der SA in Wuppertal, um sich dort anzumelden, nachdem die kirchlichen Jugendgruppen in die Hitler-Jugend (HJ) zwangseingegliedert wurden. Von einem arrogant auftretenden SA-Führer wurde er beschieden, er solle wieder

² Vgl. Georg Diez, Das andere Land. Wie unsere Demokratie beschädigt wurde und was wir tun können, um sie zu reparieren, München 2018, S. 223ff

³ Dietrich Bonhoeffer, Stationen auf dem Wege zur Freiheit

kommen, wenn er 18 ist.⁴ Eine Banalität habe ihn vor einem Irrweg bewahrt, erzählte mein Vater ohne einen sich selbst entschuldigenden Unterton. Er versah seine Erzählungen eher mit einer Mahnung an uns Kinder: *Es liegt in eurer Verantwortung, dass ihr nie in die Situation kommt, wie wir sie erlebt haben.* Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, Rechtsnationalismus kann man nicht erst bekämpfen, wenn sie da sind. Dann ist es meist zu spät – so wie es 1933/34 zu spät war. Mut, Wahrheit, Freiheit müssen früher als Kompass eingesetzt werden – und zwar in der selbstkritischen Analyse vergangener Ereignisse und in der Wahrnehmung von Verantwortung für die Zukunft.

Seit 2014 muss ich sehr oft an diese Gespräche denken. Denn mit dem Erstarken der Rechtsnationalisten von Pegida/AfD, ihrem unverhohlenen Hass und der Reaktivierung der Anknüpfungssymbole wurde für mich plötzlich nachvollziehbar, was vor allem Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts geschah: Wie sich die Menschen von der Demokratie abwandten, sich innerlich halt- und orientierungslos einer irrationalen Ideologie und einem menschenverachtenden Rassismus auslieferten – ihre Minderwertigkeitsgefühle durch Herrenmenschentum zu kompensieren versuchten. Mir wurde auch bewusst, dass wir uns in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus viel zu sehr auf das katastrophale Ende des Terrorregimes und auf den Widerstand am Ende der Nazizeit konzentriert, aber viel zu wenig die Bedingungen für das Entstehen des Nationalsozialismus bedacht haben – ganz abgesehen davon, dass die Geschichte der Demokratieentwicklung, die Deutschland Gott sei Dank auch aufzuweisen hat, nie wirklich Thema war. Wer denkt schon in den Zusammenhängen

- der ersten gesamtdeutschen Verfassung, 1849 verabschiedet vom Frankfurter Paulskirchenparlament, unmittelbar danach von den Fürsten wieder einkassiert;
- der Weimarer Verfassung von 1919, mit der das Ende der Monarchie besiegelt wurde;
- dem Grundgesetz von 1949;
- und der Friedlichen Revolution von 1989?

Stattdessen reden wir auch heute noch vom „Scheitern“ der Weimarer Republik – so, als ob die erste Demokratie Ursache für den Nationalsozialismus gewesen wäre. Doch ist die Weimarer Republik nicht an der Demokratie gescheitert. Sie wurde von den Feinden der Demokratie zerstört – von denen, die Demokratie, gerechte Teilhabe verachteten, sich durch Pluralität bedroht sahen und durch einen übersteigerten Nationalismus versuchten, *„individuelle Ohnmachtsgefühle in kollektive Machtfantasien zu verwandeln“*⁵ - auch heute Grundmotiv des Rechtsnationalismus.

4 Aufbruch zur und Aneignung der Demokratie

Also müssen wir uns heute fragen: Wo machen wir mit? Was befördern wir? Wem widerstehen wir? Was sind unsere Wurzeln, auf welche Grundeinstellungen können wir zurückgreifen, aus denen Mut, Wahrheit, Freiheit wachsen können? Da reichen Begriffe wie „christliches Abendland“ oder „abendländische Kultur“ ebenso wenig aus, wie die Beschwörung einer „Leitkultur“, die dann doch nicht über einen gesellschaftspolitischen Knigge hinauskommt. Dabei verfügen wir über einen Fundus geronnener Geschichte: das Grundgesetz mit seinen Grundrechtsartikeln, das in diesem Jahr am 23. Mai seinen 70. Geburtstag feiert. Jürgen Habermas und andere haben in der Debatte darüber, worauf wir zurückgreifen können, den Begriff vom „*Verfassungspatriotismus*“ gebildet:

⁴ Kurt Wolff, Der ganz bescheidene Höhepunkt. Erzählungen und eine Liebesgeschichte in Texten, Neukirchen-Vluyn 1982, S. 91ff

⁵ Wilhelm Heitmeyer, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-populismus-extremismus-1.4407594>

Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus.

Allerdings wurde diesem Begriff immer wieder vorgeworfen, dass es sich dabei um ein „*intellektuelles Konstrukt*“ handelt, das unter „*Erlebnisarmut*“ leide und keine „*Gefühle*“ wecke, weil die „*Mythen*“ fehlen. Aber ist das wirklich so? Spüren wir nicht gerade in der Auseinandersetzung mit den Rechtsnationalisten, wie wichtig die Grundwerte unserer Verfassung für die Gestaltung eines einigermaßen friedlichen Zusammenlebens in einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft sind: Menschenwürde, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungs- und Religionsfreiheit, Gewaltenteilung, Asylrecht, Parlamentarismus und Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit? Steht nicht hinter jedem Grundwert auch eine Geschichte von Menschen, die dafür eingetreten sind? Ist nicht in das Grundgesetz alles eingeflossen, was sich in den Jahrhunderten an Freiheits- und Demokratiedanken in Mitteleuropa herausgebildet hat, wofür Menschen 1848/49, 1918/19, 1949 und 1989/90 mit Leib und Seele eingetreten sind und im Widerstand gegen jene, die immer wieder versucht haben, das Rad zurückzudrehen, ihr Leben gelassen haben?

Im Logo für die diesjährigen „*Tage für Demokratie und Toleranz*“ zerren Hände (von rechts!) an den Buchstaben der Leitbegriffe Mut, Wahrheit, Freiheit – ein deutlicher Hinweis, dass wir uns in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung über das befinden, was uns trägt und zusammenhält. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die AfD mit dem Slogan wirbt „*Mut zur Wahrheit*“, um damit unausgesprochen zu unterstellen, man „*werde unterdrückt in einem gleichgeschalteten Land*“⁶. Damit wird das „*System*“ der Bundesrepublik Deutschland durch rechtsnationalistische Gruppierungen und ihre Vordenker grundsätzlich infrage gestellt – wobei mit dem verächtlich dahingeworfenen Begriff „*System*“ die Gesellschaft gemeint ist, deren Verfassung durch das Grundgesetz beschrieben wird und die die Rechtsnationalisten in einem dekadenten Auflösungsprozess wännen. Also verfolgen Pegida/AfD das Ziel, dieses *System* samt den sog. „*Altparteien*“ zu beseitigen – und meinen damit die Demokratie, Pluralität, Freiheit der politischen Willensbildung, die wesentlich den Parteien obliegt (Artikel 21 GG).

4.1 Versäumnisse

Natürlich bietet die Verfassungswirklichkeit genug Angriffsflächen. Selbstkritisch müssen wir bekennen: Wir haben den Aufbruch zur Demokratie im Zuge der Friedlichen Revolution in der Folgezeit versanden lassen. In Leipzig wurde schon Mitte der 90er Jahre das Motto für den 09. Oktober „*Aufbruch zur Demokratie*“ fallen gelassen – genau in dem Moment, in dem sich gerade in Ostdeutschland ein Graben auftat zwischen Verfassungsanspruch und einer Wirklichkeit, in der sich viele Menschen ihres Selbstwertgefühls beraubt sahen und Zweifel daran hatten, ob denn die Demokratie die bessere Alternative zu autokratisch-diktatorischen Systemen ist, die vorgeben, ein Mindestmaß an Gleichheit zu schaffen.

Zwar wurde 1990 eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion geschaffen. Aber eine Verfassungsdebatte, ein Prozess, sich die Demokratie in Ost und West neu anzueignen, fand nicht statt (übrigens ähnlich wie in den 50er/60er Jahren in Westdeutschland). Wir haben versäumt, den Geist der Verfassung als Basis gesellschaftspolitischen Handelns im deutschen Einigungsprozess zu leben: den Schutz des Einzelnen durch den Rechtsstaat vor dem Zugriff des Stärkeren. So konnten diejenigen, die schon immer autoritären, nationalistischen

⁶ Georg Diez, Das andere Land, S. 171

Alpträumen nachhingen, ins ideologische Vakuum vorstoßen und sich im gesellschaftspolitischen Veränderungsprozess breit machen. Gleichzeitig wurden sie von denen, die das politische Sagen hatten, mehr oder weniger toleriert.

Diesen kapitalen Versäumnissen müssen wir uns heute schonungslos stellen – gerade in Sachsen. Die hier verbreitete Parole „*Die Sachsen sind immun gegen den Rechtsextremismus.*“ (so der ehemalige Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Kurt Biedenkopf) hat sich angesichts des tatsächlich vorhandenen Rechtsnationalismus als folgenreiche Lebenslüge erwiesen. Der Rechtsnationalismus gehört leider zum Alltag – und dies schon seit bald 30 Jahren. Er ist nachhaltig in die Köpfe und Herzen eingesickert – nicht zuletzt deshalb, weil der organisierte Rechtsextremismus in Westdeutschland nach 1990 Ostdeutschland und insbesondere Sachsen zum neuen Aufmarschgebiet erklärt hatte.

Die Strukturen, die wir heute beklagen, sind schon in den 90er Jahren gewachsen. Dieser Rechtsextremismus hatte zunächst mit Geflüchteten nichts zu tun – eher mit einer großen Verunsicherung des Lebensgefühls nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und einer verlockenden Versuchung, das nach der Friedlichen Revolution entstandene ideologische Vakuum mit nationalistischem Inhalt zu füllen und alles abzulehnen, was einem fremd erschien. Dazu gehörten

- die Westdeutschen, die Ostdeutschland in Besitz nahmen;
- die Demokratie, die durch die schmerzlichen Verlusterfahrungen in den 90er Jahren (Arbeit und Wohnen) entwertet wurde;
- die Europäische Union, die die ersehnte nationale Identität verblassen ließ;
- die gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Vielfalt, die von vielen Bürger/innen als Bedrohung empfunden wurde.

In den vergangenen 10 Jahren sind weitere Faktoren dazu gekommen. Ich nenne drei:

- die Finanzkrise 2008, die bei vielen Menschen das Misstrauen verfestigte: denen (also den Banken) wird geholfen, uns nicht.
- der Sarrazin-Hype um sein Buch „*Deutschland schafft sich ab*“ 2010. Mit diesem Buch wurden Ausgrenzungen aufgrund ethnischer, biologischer Faktoren salonfähig und erfüllten die Brückenfunktion zum Rassismus.
- die vermehrte Ankunft der Geflüchteten 2015/2016, die mit Milliarden aus den Sozialkassen und billigem Wohnraum versorgt werden.

Das alles hat die Akzeptanz rechtsradikaler, nationalistischer, völkischer Sichtweisen verstärkt – und zwar in allen gesellschaftlichen Schichten.

4.2 Pegida/AfD - Partei der Rechtsnationalisten

Mit der AfD erschien 2013 eine Partei auf der politischen Bühne, die sich aufgrund ihrer Gründungsgeschichte (Professorenpartei) einen bürgerlichen Anstrich geben konnte. Aber sehr schnell erkannten viele Parteimitglieder, dass man auf den seit Jahren geweckten und geschürten Ressentiments gegen Ausländer, Islam, Asylbewerber aufbauen konnte. So wurde die AfD eine Partei, die - zunächst anders als die NPD - glaubhaft vermitteln konnte: *Wir sind doch keine Nazis ...* und dennoch sprach sie die 15-20 Prozent der Bevölkerung an und konnte sie zur Wahl bewegen, die latent rechtsnationalistischen Denkmustern folgen.

Was wir auch nüchtern festhalten müssen: Alle Themen, die Pegida/AfD angeblich neu auf die Tagesordnung gesetzt haben sollen, entspringen uralten Stammtischparolen. Seitdem ich beruflich bedingt mit Menschen jedes Alters und aus allen gesellschaftlichen Schichten aus

unterschiedlichen Anlässen kommuniziere, also seit 1976 in West- und Ostdeutschland, sind mir diese geläufig:

- die Politik, die nichts versteht von den Anliegen des kleinen Mannes;
- die Politiker, die nur auf ihren Vorteil bedacht, also Abzocker, Ganoven und Volksverräter sind;
- das Kapital, das alles bestimmt; deswegen kann man sowieso nichts ändern;
- die Gesellschaft, die immer unsicherer und krimineller wird;
- Frauen, die sich nachts nicht mehr allein auf die Straße trauen;
- Ausländer, die unsere Sozialsysteme ausnutzen und den Deutschen die Arbeit, Rente, Wohnung wegnehmen;
- die antiautoritäre Erziehung, die Kindern keinen Anstand mehr beibringt;
- die Presse, die lügt und alles manipuliert;
- der Islam, der uns alle überrennen wird (früher waren es in Westdeutschland die Sowjets, die bald in Bonn stehen werden).

Natürlich gehören die entsprechenden Sprüche, die ich seit Kindertagen kenne: „*Das hat es bei Hitler nicht gegeben*“, oder: „*Geh doch nach drüben*“ oder 1968ff: „*Ihr gehört alle vergast*“ ... „*Gegen euch gibt es nur ein Mittel: eingegraben und drüber gezuckelt*“. Das übrigens in Westdeutschland und zu einer Zeit, in der es weder Internet, Facebook oder Twitter gab.

4.3 Es muss doch mal gesagt werden ...

Was sich aber geändert hat: Pegida/AfD konnten sich in einem veränderten gesamtgesellschaftlichen Klima und in einem gesellschaftsfähig gewordenen rechten Diskurs entwickeln – wobei die demokratische Rechte eine gefährliche Brückenfunktion übernahm. Wenn Alexander Dobrindt Anfang 2018 „*eine konservative Revolution der Bürger*“ herbeiredet und Horst Seehofer von der Migration als der „*Mutter aller Probleme*“ spricht, dann fühlen sich die Bachmanns und Höckes darin bestätigt, das „*System*“ zu beseitigen, das sie von „*Volksverrättern*“ regiert sehen und für „*Umvolkung*“ verantwortlich machen. Der Vordenker des Rechtsnationalismus Götz Kubitschek bestand in der Diskussion zwischen Uwe Tellkamp und Durs Grünbein Anfang März 2018 in Dresden darauf, dass der „*Riss, der durch die Gesellschaft geht, unbedingt sein muss. ... Ich bin strikt dafür, dass der Riss noch tiefer wird, dass die Sprache noch deutlicher, noch konkreter wird.*“⁷ Kubitschek setzt damit auf Spaltung und Trennung und darauf, dass das herrschende System abgeschafft gehört. Er erhielt dafür rauschenden Beifall – nicht zuletzt deshalb, weil zu viele solche Äußerungen als mutig, als wahr, als Befreiung von sog. „*political correctness*“ verstehen. So können sich die Kubitscheks und Höckes bis heute mit der Aura des Aufmüpfigen, des Unkonventionellen umgeben und das Vorurteil schüren, dass sie sich wagen, endlich das auszusprechen, was angeblich nicht mehr gesagt werden darf – womit ganz nebenbei die Meinungsfreiheit als nicht mehr gegeben deklariert wird und man sich selbst in die Rolle eines Opfers von *Meinungs- bzw. Gesinnungsdiktatur* (Tellkamp) katapultiert.⁸

Diese Masche fällt umso leichter, als angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen: soziale Ungerechtigkeit, Integration vieler Geflüchteter, multikulturelles und multireligiöses Zusammenleben, Ausdünnung des ländlichen Raums – auch in der sog. gesellschaftlichen

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=u8TrevOZW9k> Die Äußerungen von Kubitschek ab 15:23

⁸ Siehe die „Charta 2017“ <https://vera-lengsfeld.de/2017/10/17/charta-2017-gegen-willkuer-auf-der-frankfurter-buchmesse/>

Mitte die Bereitschaft gewachsen ist, Grundwerte der Verfassung infrage zu stellen. Das hört sich dann bei den neurechten Ideologen im publizistischen Bereich so an:

Die Ostdeutschen stellen mit Erschrecken fest, dass das neue Deutschland der alten DDR immer ähnlicher wird, wenn die Eliten auf obrigkeitstaatliche Mittel und Strukturen setzen, weil sie der Probleme nicht mehr Herr werden.⁹

Klaus-Rüdiger Mai

Dieses Narrativ - das vereinte Deutschland gleich DDR¹⁰, Merkel schlimmer als Honnecker, Demokratie gleich Kanzlerdiktatur - hat Pegida/AfD groß werden lassen - auch weil bei vielen von uns die Geistesgegenwart, manchmal auch der Mut fehlte, der von Anfang an offenen Hetze, dem Hass, der kalten Empathielosigkeit entschlossen entgegenzutreten. Denn Pegida hat sich seit 2014 nicht radikalisiert. Pegida war von Anfang an menschenverachtend und rassistisch. Das Credo der AfD-Mitbegründerin und anfänglichen Pegida-Dauerrednerin Tatjana Festerling lautete: „In Zeiten wie diesen: Scheiß auf den Anstand.“¹¹ Für sie sind Geflüchtete „eiskalt berechnende Krieger des Islam, die aus verrohten Kulturen kommen und die mit unserer freien, dekadenten Lebensweise nicht das Geringste zu tun haben wollen“.¹² Mit den Ängsten und Sorgen der Menschen, die man ernst nehmen müsse, hatte das wenig, mit Lösungen von Problemen nichts zu tun. Darum war es so fatal, dass – anstatt Pegida/AfD frontal zu stellen - man ihren Schlachtrufen eine gewisse Berechtigung unterstellte. Angekommen ist bei den Rechtsnationalisten aber nur: *Wir haben recht. Die anderen sehen das genauso. Nur haben die Angst, es so auszudrücken und auf die Straße zu tragen wie wir.* So entpuppt sich angeblicher Mut als Enthemmung; absurde, durch Fake News unterlegte Angstszenerien werden zur Wahrheit erhoben; Freiheit wird reklamiert, um Unfreiheit zu propagieren.

5 Unsere Aufgabe

Inzwischen dämmert es auch dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU), dass der tatsächliche Rechtsnationalismus zu einer Gefahr für unsere Demokratie geworden ist. Zwar können wir aufgrund der Wahlergebnisse sagen, dass mindestens 75 Prozent keine rechtsnationalistischen Parteien wählen. Jeder kann aber Geschichten darüber erzählen, wie in seinem Umfeld plötzlich Menschen Parolen von Pegida/AfD übernehmen, von denen er das niemals erwartet hätte. Diese verfügen (noch) über kein geschlossenes rechtsnationalistisches Weltbild. Aber das kann sich, wie die Geschichte lehrt, ganz schnell ändern. Natürlich sind nicht alle AfD-Mitglieder oder Wähler/innen Nazis - genauso wenig wie zwischen 1933 und 1945 80 Millionen Deutsche alle Nazis waren. Aber sie haben mitgemacht und die Verbrechen zugelassen. Aus dieser Schuld wollte ein Martin Niemöller keinen Deutschen entlassen, auch sich selbst nicht.

Darum sollten auch wir in der Debatte klarmachen: dass Parteien wie die AfD bei Wahlen und in Umfragen erfolgreich sind, liegt nicht daran, dass es sie gibt. Es liegt an den Bürgerinnen und Bürgern, die solche Parteien wählen und unterstützen. Niemand wird dazu gezwungen,

⁹ Klaus-Rüdiger Mai, Alles beginnt mit Herkunft – weshalb Ostdeutschland sich zur Provokation entwickelt, <https://www.nzz.ch/feuilleton/alles-beginnt-mit-herkunft-weshalb-ostdeutschland-sich-zur-provokation-entwickelt-ld.1415437>

¹⁰ Die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen startet im Mai eine Reihe unter dem Motto „70 Jahre DDR“ mit Arnold Vaatz und Uwe Tellkamp. <https://www.kulturhaus-loschwitz.de/>

¹¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/neue-aeusserung-von-festerling-will-auch-pegida-schiessen-14075783.html>

¹² <https://www.fr.de/politik/fluechtlingsjagd-unterholz-11092744.html>

den Rechtsnationalisten die Stimme zu geben. Verantwortlich ist allein der, der so wählt. Darum Schluss mit der Entmündigung des Bürgers, der Bürgerin, denen man eine Unbedarftheit unterstellt! Wähler/innen von rechtsnationalistischen Parteien sind keine Deppen, keine Opfer, sondern Täter! Wir müssen ihre Entscheidung ernst, sehr ernst nehmen. Mit Wählerbeschimpfung hat das nichts zu tun, sondern mit Verantwortung, aus der wir niemanden entlassen dürfen – auch uns selbst nicht!

Deswegen: Wir brauchen die offene Debatte, den streitigen Diskurs. Wir brauchen die Bereitschaft, diese mit offenem Visier auf allen Ebenen zu führen. Nur so kann sich eine demokratische Streitkultur entwickeln, an der es uns leider immer noch mangelt. Natürlich müssen wir mit jedem reden, auch mit Anhängern von Pegida/Legida und der AfD. Aber wenn wir dies tun, dann muss deutlich bleiben und werden, von welcher Position aus wir in die Debatte einsteigen und welche Ziele wir verfolgen. Nur so werden wir Klarheit darüber gewinnen, was denn die fundamentalen Werte des Zusammenlebens sein sollen und wie wir sie anzuwenden gedenken. Zu dieser Klarheit kann ich nur jeden ermutigen. Denn nur so werden wir gesprächs-, aber auch handlungsfähig. Also: Wer auf die sog. Sorgen und Ängste der Bürger hören will, darf sich von diesen nicht die Antworten diktieren lassen. Denn Zuhören hat nicht nur eine Richtung. Zuhören basiert auf Gegenseitigkeit.

5.1 Aufruf 2019

In Leipzig haben sich im vergangenen Jahr Bürgerinnen und Bürger unter dem Label „*Aufruf 2019*“ zusammengefunden und folgenden überparteilichen Konsens gefunden, für den wir jetzt werben:

... Wir wollen gemeinsam: Gesellschaft gestalten, statt Ängste zu verbreiten; Probleme lösen, statt Sündenböcke zu schaffen; Demokratie leben, statt sie auszuhöhlen.

Wir treten für das ein, was Deutschland seit Jahrzehnten prägt:

- *Ein geeintes, friedliches Europa. Das Projekt Europa darf keinen nationalen Egoismen geopfert werden.*
- *Sozialer Zusammenhalt durch gerechte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Einkommen, Wohnen.*
- *Die Integration der Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben, stärken: durch Bildung, Sprachvermittlung, Berufsausübung. Integration ist keine Einbahnstraße. Darum legen wir Wert auf das multireligiöse und multikulturelle Zusammenleben.*
- *Die freiheitliche Demokratie, in der wir streiten, aber auch die Grundwerte unserer Verfassung verteidigen.*

Sie merken: Sie finden hier kein Wort zu Pegida/AfD. Sie finden auch kein „gegen“, sondern nur Aussagen darüber, wofür wir eintreten.

5.2 Nichts steht fest

Derzeit wird so getan, als sei ein Wahlsieg der Rechtsnationalisten von Pegida/AfD bei den anstehenden Wahlen in Ostdeutschland beschlossene Sache. Die politische Mitte sei verloren. Landauf, landab finden Diskurse statt, in denen die AfD die Themen zu bestimmen scheint – im vollen Wissen darum, dass die Rechtsnationalisten nichts, aber auch gar nichts zur Lösung irgendeines Problems beitragen können oder werden. Unsere Aufgabe ist darum eine andere:

- Zum einen klar zu machen, wofür wir eintreten. Im erwähnten „*Aufruf 2019*“ haben wir es kurz zusammengefasst:

für weltoffene Städte und Gemeinden, für ein demokratisches Sachsen, für ein friedliches Deutschland, für ein geeintes Europa.

- Zum andern sollten wir nicht zögern, den angstbesessenen Egoismus der Rechtsnationalisten, mit dem Menschengruppen und Völker abgewertet, ausgegrenzt und gegeneinander aufgebracht werden, zu entlarven – im Sinne von durchschauen.

Dazu ein paar Hinweise:

- Die Orbans, Straches, Salvinis, Gaulands überbieten sich in ihrem vulgären Hass gegen alles Fremde und suchen den Schulterschluss. Doch europäische Zusammenarbeit und Nationalismus sind ein Widerspruch in sich. Im Zweifelsfall werden sie genauso aufeinander losgehen und sich gegenseitig bekämpfen, wie sie in ihren jeweiligen Bevölkerungen Verfeindungsstrategien verfolgen.
- Es ist auffällig, dass die Rechtsnationalisten überproportional in Gerichtsverfahren verstrickt sind¹³, beträchtliche Insolvenzen und ähnliches hingelegt,¹⁴ schon jetzt erhebliche Spendenskandale erzeugt haben und sich verbissen um gute Listenplätze für die Wahl zum Europaparlament rangeln. Letzteres wollen sie bekanntlich abschaffen, aber vorher wollen sich etliche finanziell klamme Kandidaten noch schnell sanieren.
- Zu den wichtigen politischen Themen – Wohnen, Rente, Klimaschutz, Integration – haben die Rechtsnationalisten nichts beizutragen, außer dass sie alles befördern, was auf Zerstörung ausgerichtet ist – Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Vielfalt, der natürlichen Lebensgrundlagen, der Grundwerte unserer Verfassung. Sie haben kein Zukunftsziel. Darum beschwören sie die Epochen der Vergangenheit.

5.3 Offensiver Verfassungspatriotismus

Doch noch wichtiger, als die Rechtsnationalisten zu entlarven, ist, die Grundwerte der Verfassung, die Demokratie offensiv zu vertreten und sich dazu zu bekennen. Dabei haben wir zu beachten: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das prägt andere Menschen. Der Präsident von Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, kann hier als beispielhaft gelten – mutig, aber auch ganz normal. Er beschwor im vergangenen Jahr die Mitglieder seines Vereins, dass AfD und Mitgliedschaft bei Eintracht Frankfurt unvereinbar sind – und wurde mit über 90 % wieder gewählt. Wenig später rief er die Mitglieder auf, in Sachen AfD wachsam zu sein:

Prüft euch! Wenn ihr die Werte der Eintracht lebt, könnt ihr nicht das Gegenteil wählen.

In diesem Sinn sollten wir jeden Tag unsere Freunde, Berufskolleginnen, Nachbarn von dem überzeugen, was von den Rechtsnationalisten bekämpft wird. Ich nenne drei Beispiele:

- **Europäische Einigung.** Wir sollten daran erinnern, dass sich nach der Präambel des Grundgesetzes Deutschland als „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“ versteht. Weder hätte es die deutsche Einheit ohne den europäischen Einigungsprozess gegeben, noch kann Europa einfach zur Disposition gestellt werden. Das vereinte Europa ist Verfassungsziel – nicht zuletzt deshalb, weil der Nationalstaat Brutstätte von Kriegen war und ist.
- **Integration der Geflüchteten.** Der Publizist Georg Diez bemerkte, dass die offenen Grenzen kein Staatsversagen waren, sondern „vielmehr ein Staatsgelingen, es war Demokratie ohne Anleitung, es war ein Bürgertriumph, weil die Menschen von selbst

¹³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176088649/AfD-und-Justiz-Fast-jeder-zehnte-AfD-Abgeordnete-hat-Aerger-mit-dem-Gesetz.html> Danach laufen bei 252 Bundes- und Landtagsabgeordneten gegen 24 Verfahren.

¹⁴ <https://trolesememoiren.wordpress.com/2017/09/29/ist-die-afd-nur-ein-wahlverein-der-ihre-politiker-finanziell-sanieren-soll/>

*das Richtige taten, ohne zu warten, was gewünscht oder gefordert war.*¹⁵ Das ist die Tonlage, derer wir uns befleißigen sollten – wohl wissend, dass wir mit der Integrationsaufgabe vor einer riesigen Herausforderung stehen. Integration ist aber keine Einbahnstraße, denn Integration ermöglicht unterschiedliche Identitäten. Integration kann gelingen – und sie gelingt Gott sei Dank jeden Tag.

- **Repräsentative Demokratie und Föderalismus.** Wir sollten keinen Moment zögern, darin einen hohen Wert zu sehen. All denen, die heute ihre Partikularinteressen zum Volkswillen deklarieren, sei zugerufen: Nicht das Volk ist die Staatsgewalt, sondern diese geht vom Volk durch Wahlen und Abstimmungen aus (Art. 20 GG). Der Parlamentarismus im Verein mit föderalen Strukturen schafft einen geregelten Ausgleich zwischen Kontinuität und Wechsel, verhindert die Etablierung von Machtgruppen, achtet die Minderheitsrechte und gewährleistet gesellschaftliche Vielfalt.

Gott sei Dank haben wir mit dem Grundgesetz ein Fundament, auf das wir uns in allen gesellschaftspolitischen Prozessen und Diskursen positiv beziehen und darauf aufbauen können. Darum sollten wir es am 23. Mai 2019 kräftig feiern und uns jeden Tag neu aneignen. Die Strategie, Forderungen der Rechtsnationalisten zu übernehmen, um so den Sorgen der Menschen zu genügen, hat nichts mit Mut, Wahrheit, Freiheit zu tun. Sie ist gefährlich und falsch. Wir alle sollten uns als Verfassungspatrioten outen, die Tag für Tag ihre Verantwortung für die rechtsstaatliche Demokratie wahrnehmen. Schon einmal standen wir vor einem Neuaneignungsprozess der Demokratie. Das war 1968ff. Damals hielt der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann in einer aufgewühlten Situation eine Aufsehen erregende Fernsehansprache – wenige Tage nachdem ein Rechtsradikaler ein Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke verübt hatte. Heinemann sagte:

*Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen volle Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt. Uns in diesem Grundsatz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe.*¹⁶

Stellen wir uns dieser Aufgabe – mit Mut, der Wahrheit verpflichtet, der Freiheit dienend.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

www.wolff-christian.de

info@wolff-christian.de

¹⁵ Georg Diez, Das andere Land, S. 47

¹⁶ <http://wolff-christian.de/eine-rede-die-nicht-vergessen-werden-sollte-gustav-heinemann-zum-attentat-auf-rudi-dutschke/>